

Genitalbeschneidung stoppen und als Asylgrund anerkennen

Von Anne Rossenbach

4. Februar 2022, 11:45

Der „Internationale Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung“ macht jeweils am 6. Februar eines jeden Jahres darauf aufmerksam, dass die Beschneidung weiblicher Genitalien eine schwere Menschenrechtsverletzung ist.

Anlässlich dieses internationalen Gedenktages fordern die katholischen Verbände und Beratungsstellen in Trägerschaft des Deutsche Caritasverbandes und der Fachverbände IN VIA Deutschland und Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein (SkF), Prävention, Beratung und medizinische und soziale Angebote für die Betroffenen zu stärken und mehr Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen.

„Genitalverstümmelungen sind Verletzungen des Körpers und der Seele. Sie verletzen die sexuelle Selbstbestimmung ebenso wie sie die Gefahr von Geburtskomplikationen erhöhen. Für die Caritas ist der Zeitpunkt längst überschritten, national und international diesen Praktiken ein Ende zu setzen,“ so Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes.

Zum internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung am kommenden Sonntag fordern die Verbände: „Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss Genitalverstümmelung im Asylverfahren als geschlechtsspezifischen Asylgrund anerkennen“.

Seit 2013 ist die Verstümmelung und Beschneidung weiblicher Genitalien in Deutschland ein eigener Straftatbestand. Nach einer Erhebung des Bundesfamilienministeriums könnten in Deutschland 67 000 Mädchen und Frauen betroffen sein. Mit der Zuwanderung in den letzten Jahren hat sich deren Zahl deutlich erhöht.

In Köln können sich die Betroffenen inzwischen an verschiedene Beratungsstellen wenden. So wurden 2021 alleine in der Schwangerschaftsberatungsstelle esperanza, des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. Köln (SkF) 18 Frauen und Paare beraten.

„Viele Frauen, die zu uns in die Beratung kommen, sprechen erst einmal nicht über die Beschneidung. Es wird erst im Laufe des Gesprächs zum Thema. Dann aber sind die Frauen erleichtert, endlich offen sprechen zu können“, so Birgit Wetter-Kürten, Mitarbeiterin des SkF e.V. in Köln und zuständig für die Beratung von Betroffenen, die Schulung und Fortbildung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die Vernetzung mit medizinischen und anderen Fachkräften.

„Der Schutz von betroffenen Frauen und Mädchen und der Zugang zu medizinischen Hilfen gelingen nur, wenn qualifizierte Fachleute das Tabu brechen und über weibliche Genitalverstümmelung in achtsamer und kompetenter Weise mit den betroffenen Frauen ins Gespräch kommen. Das ist der Einstieg in einen meist längeren Beratungsprozess, in dem wir Mädchen und Frauen über ihre Rechte informieren, sie in soziale, therapeutische und medizinische Hilfen vermitteln und sie auf diesen Wegen begleiten, falls sie das wünschen. Dabei nehmen wir das gesamte Familiensystem – also auch die Partner, Eltern oder Kinder mit in den Blick.

Gefährdete Mädchen können nur dann geschützt werden, wenn ihre Eltern erreicht und über die lebenslangen Folgen und rechtlichen Hintergründe von genitalen Beschneidung aufgeklärt werden“, so Wetter-Kürten abschließend. Um möglichst viel Öffentlichkeit zu erreichen und Informationen breit zu streuen, arbeitet esperanza nicht nur mit den Migrationsberatungsstellen, sondern auch mit den verschiedenen Communities und anderen Einrichtungen in Köln und im Umland zusammen. Dabei sei die enge Abstimmung und Kooperation mit dem Diözesancaritasverband Köln von besonderer Bedeutung, nicht zuletzt um die politischen Forderungen z.B. nach einer besseren Berücksichtigung von genitaler Beschneidung und Verstümmelung in Asylverfahren zu befördern.